Zeitschrift: Rote Revue : Zeitschrift für Politik, Wirtschaft und Kultur
Herausgeber: Sozialdemokratische Partei der Schweiz
Band: 86 (2008)
Heft: 4

Artikel: Die EU muss mit Mehrwerten Identität stiften
Autor: Fehr, Hans-Jürg
DOI: https://doi.org/10.5169/seals-342090

Nutzungsbedingungen
Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation
L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use
The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 15.07.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

Die EU muss mit Mehrwerten Identität stiften

Hans-Jürg Fehr

Steckt die Europäische Union in einer Legitimationskrise? Steckt sie in einer Identitätskrise? Vielleicht, vielleicht auch nicht. Erstaunlich aber ist, wie wenig es braucht, um sie da hin zu schreiben, da hin zu reden, da hin zu wünschen. Erstaunlich ist vor allem, dass ein paar Volksabstimmungen beigezogen werden, um diese Krise zu begründen. Seit wann sind demokratische Prozesse ein Krisensymptom? Und dies ausgerechnet bezogen auf eine EU, der man sonst vorwirft, sie sei zu wenig demokratisch!?
Die negativ ausgegangenen Volksabstimmungen über den Verfassungsvertrag in Frankreich, Holland und Irland sind kein tauglicher Massstab, um den inneren Zustand der EU zu beurteilen. Es ist nämlich äusserst zweifelhaft, ob im Rahmen dieser Urnengänge überhaupt über den von kaum jemandem gelesenen Vertrag abgestimmt wurde. Formell natürlich schon, aber materiell? Die Vermutung vieler kundiger Beobachterinnen und Beobachter geht auf jeden Fall dahin, dass diese Abstimmungen mindestens so sehr ein Blitzableiter waren für allerlei Frust und Unzufriedenheit mit nationalen Regierungen, Zuständen, Persönlichkeiten. Die Frage, die sich hier aufdrängt, heisst: Warum eigentlich lassen gewisse Regierungen gewisser EU-Mitgliedsländer ihr Volk immer nur dann über Sachthemen abstimmen, wenn es um die EU geht? Warum gibt es nur dann direkte Demokratie? Da drängt sich doch der Verdacht auf, dass ein Sack präsentiert wird, auf den man das Volk eindreschen lässt, damit nicht der Esel – die nationale Regierung – drankommt. Wir beobachten hier viel eher eine ebenso bemerkenswerte wie merkwürdige Instrumentalisierung der EU als Sündenbock als eine Abkehr der Völker vom europäischen Staatenbund.
Der gleichen pseudodemokratischen Versuchung wie die Regierungen Frankreichs, Hollands und Irlands ist der neue österreichische Bundeskanzler Werner Faymann erlegen, als er populistisch die Idee lancierte, gewisse EU-Themen künftig vom Volk entscheiden zu lassen. Warum eigentlich nur EU-Themen? Warum nicht auch innerösterreichische Sachfragen wie die Rentenreform, die Steuerpolitik oder den Tunnel durch den Brenner? Wie wenig die Abstimmungen zum Verfassungsvertrag taugen, um die EU-Befindlichkeit der Völker Europas zu messen, lässt sich sehr schön im Rahmen der weltweiten Finanzkrise aufzeigen. Sie hat die Attraktivität der Union schlagartig erhöht: In Österreich, wo der vermeintliche EU-Frust von der SPÖ wahltaktisch instrumentalisiert worden war, registrieren die Meinungsumfragen derzeit den seit vielen Jahren höchsten Wert an Befürworterinnen und Befürwortern. Und Islands bisher EU-skeptische Bevölkerung sieht im Beitritt zur Union plötzlich den besten Weg, um aus der katastrophalen wirtschaftlichen Situati-

on herauszukommen. In beiden Fällen wird der Mehrwert offenkundig, den die EU in den Augen der Bevölkerungen gegenüber dem eigenen Nationalstaat verspricht. Dieser Mehrwert ist zweifellos identitätsstiftend und verschafft Legitimation.
Das Demokratiedefizit der EU, das zur Erklärung einer wachsenden Entfremdung zwischen der Union und den europäischen Völkern beigezogen wird, darf also erstens nicht überinterpretiert und zweitens nicht an der direkten Demokratie der Schweiz gemessen werden. Die europäischen Staaten sind allesamt parlamentarische Demokratien, und es wäre verfehlt, von der Union als Staatenbund mehr zu verlangen, als ihre Mitgliedsländer selbst praktizieren. Diese Angleichung an die nationalstaatlich eingeübten Normen aber muss man verlangen, und es entbehrt nicht der Ironie, dass ausgerechnet der umstrittene Verfassungsvertrag einen weiteren Schritt in diese Richtung vorsieht.
Es stimmt: Die EU ist ein Top-down-Projekt. In den Anfängen war sie ausschliesslich auf der exekutiven Ebene angesiedelt: Sie wurde von der Kommission als Regierung geführt und diese wiederum von den Ministerräten der Mitgliedsländer überwacht und angeleitet. Bis heute ist die exekutive Ebene die wichtigste geblieben. Dennoch wuchs die EU institutionell nach unten. Es entstand das europäische Parlament als erste von den Völkern Europas gewählte Instanz. Das EU-Parlament hat seit seiner Gründung einen ständigen Macht- und Bedeutungszuwachs zu verzeichnen. Die Demokratisierung der EU ist im Gang und setzt sich fort. Sollte es tatsächlich einen kausalen Zusammenhang geben zwischen dem noch bestehenden Demokratiedefizit und der wenig ausgeprägten europäischen Identität, dann ist die EU daran, das Problem zu lösen.

Die Demokratisierung der EU ist im Gang und setzt sich fort.

Frieden und noch viel mehr

Die Existenzberechtigung der EU als Staatenbund ergibt sich ausschliesslich aus dem Mehrwert, den sie der Bevölkerung gegenüber dem erbringt, was die Nationalstaaten zu leisten vermögen. Aus diesem Mehrwert schöpft sie die Legitimation, und daraus wird mit der Zeit auch eine europäische Identität wachsen. Was hat die EU den Völkern und Menschen Europas an Mehrwert gebracht? Eine ganze Menge.
Zu allererst und für alle den Frieden. Auf dem Kontinent des Krieges schweigen seit 60 Jahren die Waffen – sofern es sich um EU-Territorium handelt. Ausserhalb der EU ist das leider noch nicht der Fall (Balkan, Türkei, Russland). Diese Leistung ist absolut epochal. Nationalstaat hiess Krieg, EU heisst Frieden. So war es im Europa im 19. und 20. Jahrhundert, und so wurde es von den Kriegsgenerationen nach dem Zweiten Weltgrieg erlebt. Dieser unschätzbare zivilisatorische Mehrwert verliert aber zunehmend die ihm innewohnende unmittelbare emotionale Kraft, weil heute in den EU-Ländern bereits drei Generationen leben, die keinen Krieg mehr erlebt haben. Für sie ist Frieden normal und selbstverständlich, wenigstens der Friede vor der eigenen Haustür.
Die EU hat vielen Völkern Europas Demokratie gebracht, und zwar nicht den Völkern der Gründungsstaaten, sondern denen der Erweiterungsstaaten. Niemand weiss das besser als die Menschen in Spanien, Portugal und Griechenland, die nach

dem Zweiten Weltkrieg noch von faschistischen Diktaturen beherrscht wurden. Sie retteten sich nach erfolgreichen Revolutionen so schnell wie nur möglich in den sicheren Demokratiehafen der Union. Das gilt ebenso für die ehemaligen kommunistischen Diktaturen Mitteleuropas. Sie mussten sich die Aufnahme in die Union erarbeiten und verdienen durch die Etablierung parlamentarischer Demokratien. Jeder neue Staat, der EU-Mitglied werden will, muss diesen Demokratisierungsprozess ebenfalls durchlaufen haben. Der Mehrwert für die Menschen ist offenkundig und wird von ihnen auch so empfunden.

Was hier für die Demokratie gesagt wurde, gilt auch für andere zentrale Fortschritte, die die EU in Ländern, die beitreten wollen und beigetreten sind, bewirkt:

- eine in der Regel ziemlich schnelle Entwicklung hin zu wirtschaftlicher Prosperität;
- Gewaltentrennung und Rechtsstaatlichkeit;
- eine hohe Wertschätzung der individuellen Freiheitsrechte (für Leute, die früher in diktatorischen Stasi-Staaten lebten, eine enorme Verbesserung der Lebensqualität).

Der Mehrwert eines Beitritts müsste aus neuen, von der EU in Aussicht gestellten Lebensqualitäten bestehen.

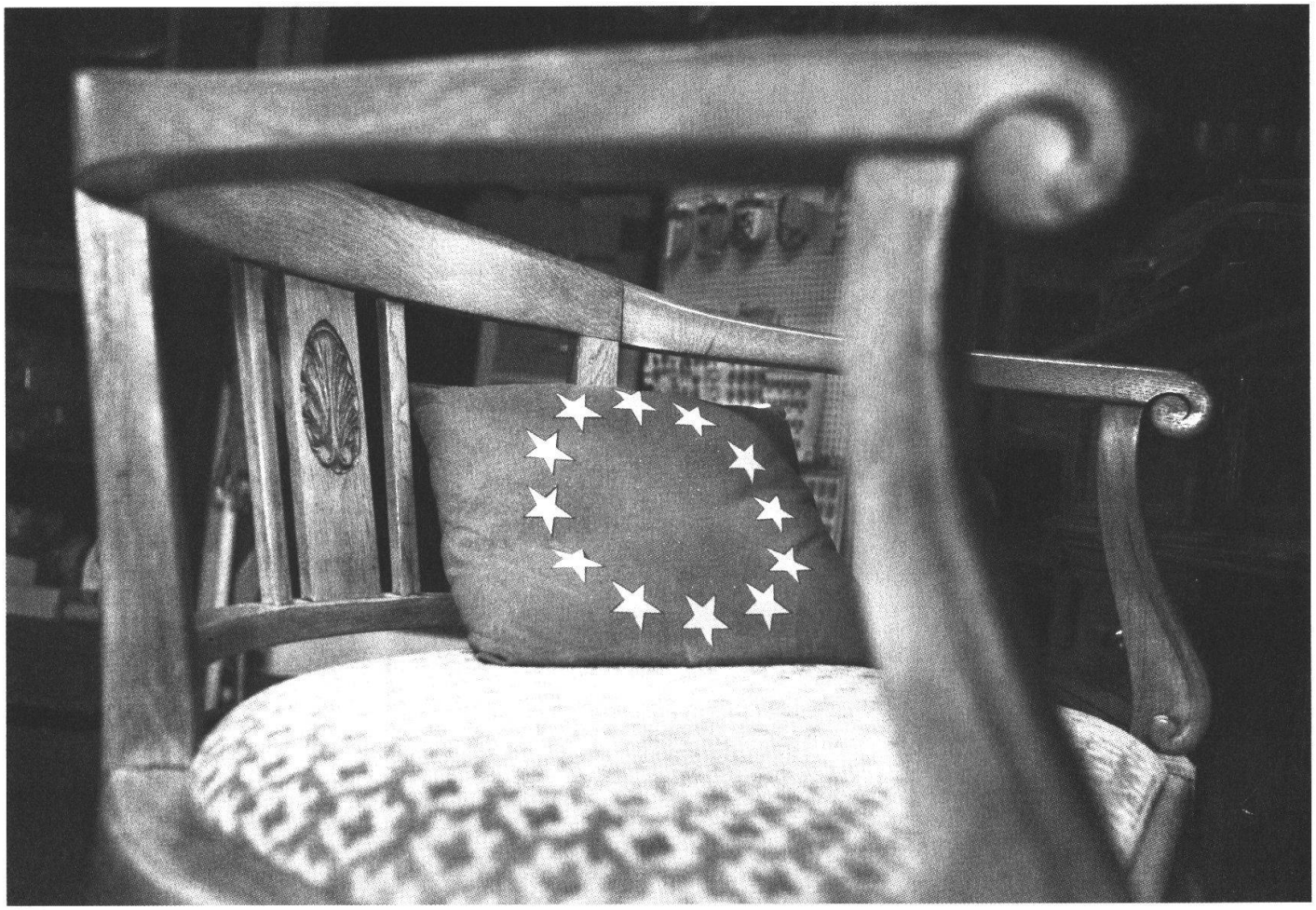
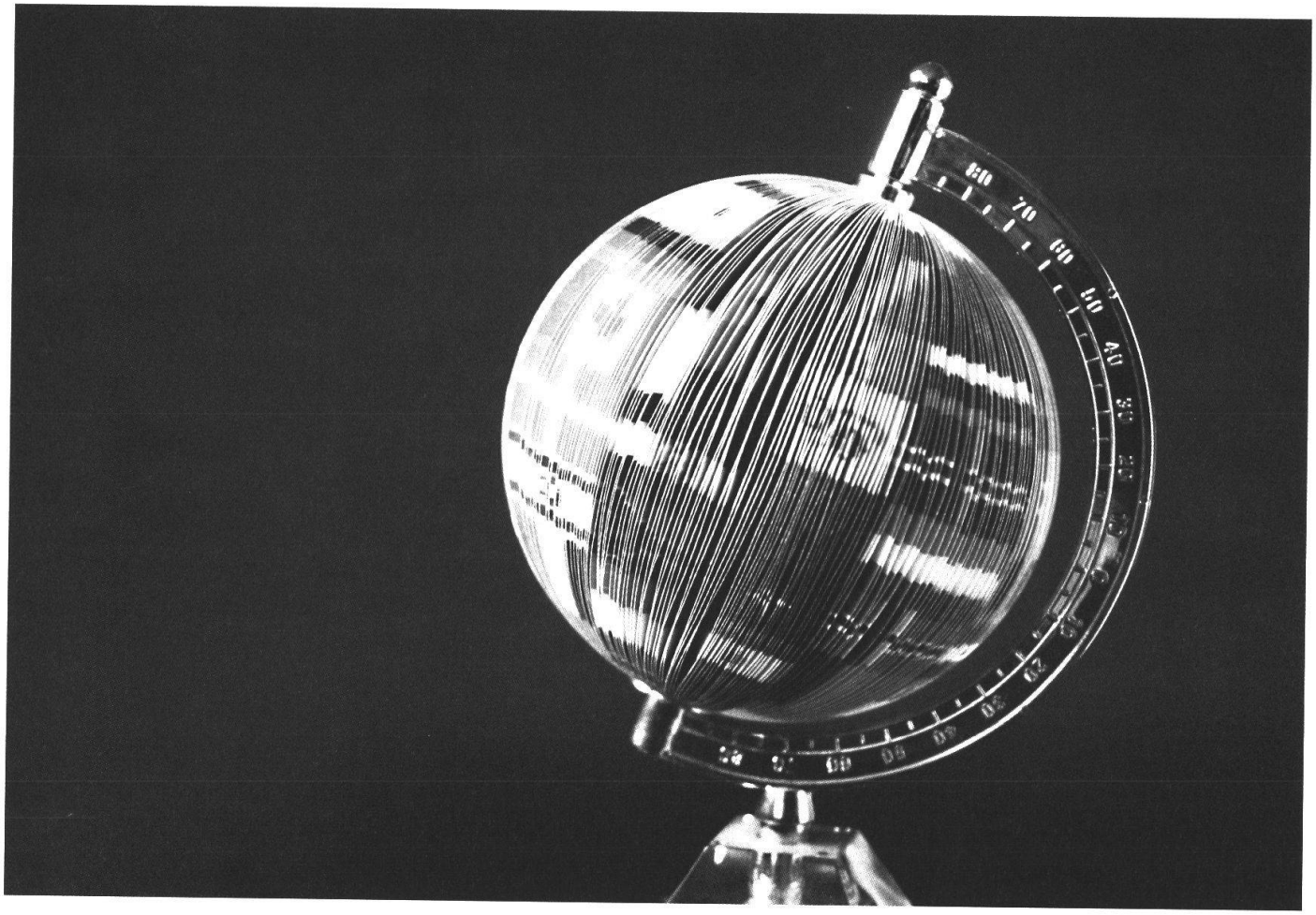
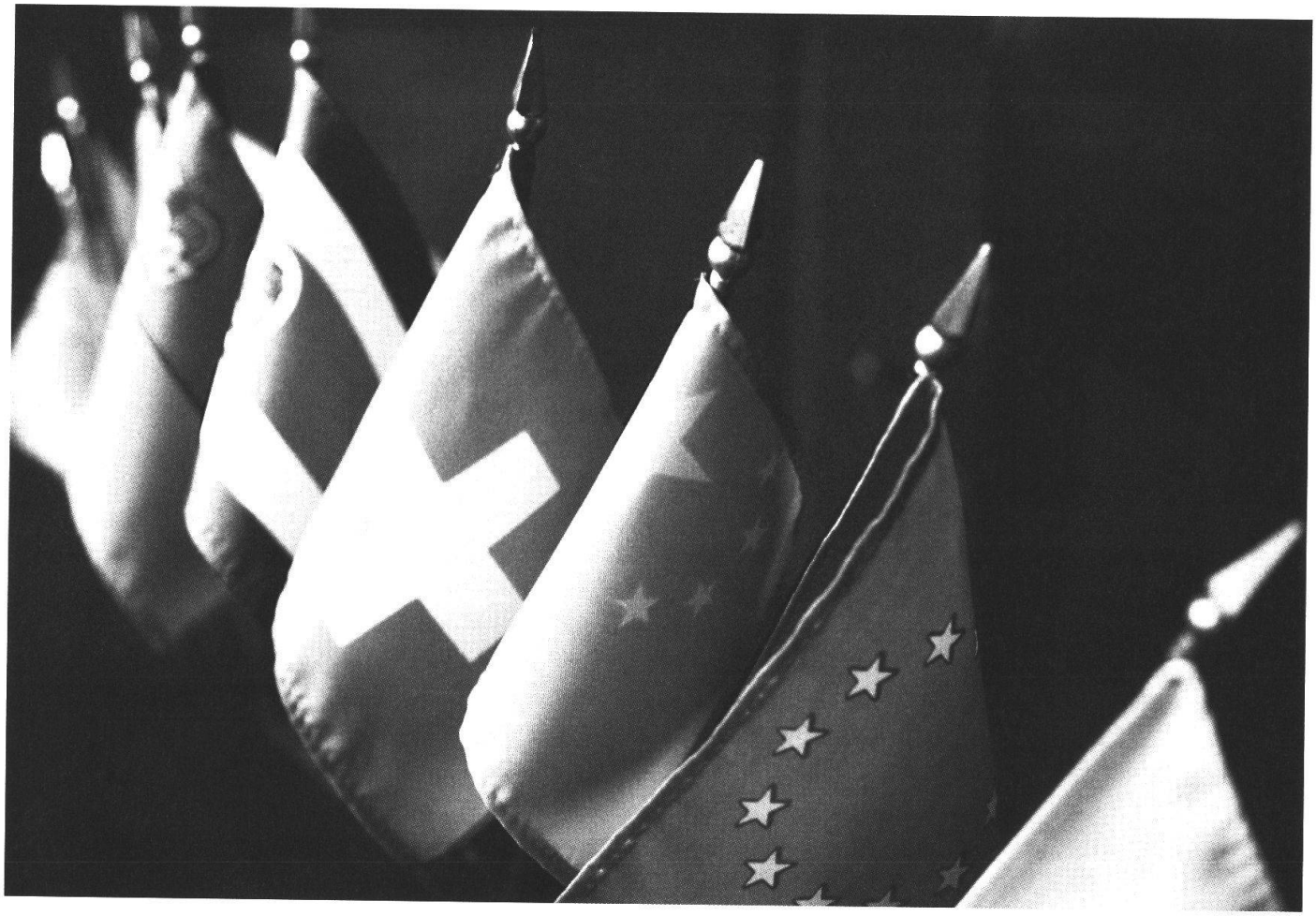
Für die Menschen dieser Länder ist der von der EU gestiftete Mehrwert offenkundig und selbst erlebt. Die anhaltende Attraktivität der Union zeigt sich in der langen Warteliste mit Beitrittskandidaten. Die EU induziert positive Transformationen in Richtung auf Frieden, Wohlstand, Demokratie, Menschenrechte, Freiheit und Rechtstaatlichkeit. Sie ist der eigentliche zivilisatorische Entwicklungs- und Fortschrittsmotor. Die Legitimationskraft und die identitätsstiftende Wirkung wird in den neuen Mitgliedsländern stärker sein und länger anhalten als in den Gründernationen, die schon demokratische Rechtsstaaten und soziale Marktwirtschaften waren, bevor sie die EU zu entwickeln begannen. Aber auch diese der Union zu verdankenden Mehrwerte werden mit der Zeit an Legitimationskraft einbüssen. Sie ist gross, solange der Unterschied zur vorher erlebten Mangelgesellschaft ein selbst erlebter ist. Sie wird schwinden, weil neuen Generationen in diese Zustände hinein geboren werden und sie als normal und selbstverständlich empfinden.

Kleiner Seitenblick auf die Schweiz: Die Tatsache, dass es bis heute keine Volksmehrheit für den EU-Beitritt gibt, hängt sehr direkt mit dem (noch) fehlenden Mehrwert zusammen, den er bringen würde. Unsere Bevölkerung hat in ihrer Mehrheit den Eindruck, dass sie Frieden, Wohlstand, Demokratie, Menschenrechte und Rechtsstaatlichkeit ohne die EU erarbeitet hat und dies mindestens so gut wie diese. Der Mehrwert eines Beitritts müsste also aus neuen, von der EU in Aussicht gestellten Lebensqualitäten bestehen oder in der Gewissheit, dass bestehende nur als EU-Mitglied gesichert werden können. Der Beitritt wäre dann eine Strategie der Schadensverhinderung.

Was ist noch zu tun?

Ein Staatenbund wie die EU muss mehr als ein Nationalstaat seine Existenzberechtigung durch Mehrwertproduktion immer wieder neu unter Beweis stellen.

Die oben beschriebenen historischen Leistungen, zu denen sich der Euro als weitere höchst bedeutsame gesellt, sind zweifellos identitätsbildend gewesen und sind es noch, aber die EU muss neue Mehrwerte liefern, um den Prozess der Europäisierung Europas in den Köpfen und Herzen noch tiefer zu verankern. Was muss sie tun?

1. Sie muss ein grosses Problem lösen, das sie zwar nicht geschaffen hat, das ihr aber je länger je mehr angelastet wird – die Beseitigung der Massenarbeitslosigkeit und der viel zu grossen Zahl prekärer Arbeitsverhältnisse. Sie muss die im Zeitalter des neoliberalen Casino-Kapitalismus weit aufgegangene Schere zwischen Arm und Reich schliessen und den gesellschaftlichen Reichtum besser verteilen.
2. Die EU muss sich – mehr als sie es heute tut – als sozialstaatliches Gegenmodell zur US-amerikanischen Ellbogen-Gesellschaft profilieren. Der weltweite Systemwettbewerb läuft nicht mehr wie in Zeiten des Kalten Krieges zwischen Kommunismus und Kapitalismus, sondern zwischen der europäischen, sozialökologisch und sozialdemokratisch gelenkten Marktwirtschaft, dem amerikanischen, neoliberal inspirierten Kapitalismus und dem autoritären Staatskapitalismus.
3. Die EU muss sich – mehr als sie es heute tut – als ökologisches Vorbild positionieren. Die Ökologie ist ein zentraler Zukunftsfaktor mit grossem wirtschaftlichen, gesellschaftlichen und identitätsstiftenden Potenzial.
4. Die EU muss sich – mehr als sie es heute tut – als Vorkämpferin für mehr Gerechtigkeit, für die Menschenrechte, für eine bessere Verteilung der materiellen Güter und für den Frieden auf der ganzen Welt etablieren. Die amerikanische Bevölkerung schöpfte jahrzehntelang enorm viel Selbstbewusstsein aus der Tatsache, dass die USA Europa vom Faschismus befreit hatten und weit herum als der Hort der Freiheit, der Innovation und des Fortschritts angesehen und bewundert wurden. George W. Bush hat dieses identitätsstiftende Renommé mit seiner antisozialen, kriegerischen, ökoblinden und auf Dominanz statt Kooperation ausgerichteten Politik nachhaltig beschädigt und die hier vertretene These von der identitätsstiftenden Wirkung des Vorbildlichen in umgekehrter Richtung bestätigt. In der Schweiz wird man diese These sehr gut verstehen, denn unsere Bevölkerung schöpft aus dem überdurchschnittlichen Wohlstand und der überdurchschnittlichen Demokratie ebenfalls viel Selbstbewusstsein.
5. Die EU muss die Demokratisierung fortsetzen und analog ihren Mitgliedsländern eine vollständige parlamentarische Demokratie werden. Direktdemokratische Elemente sollte sie dann in ihr politisches Entscheidungssystem einbauen, wenn Gleiches gleichzeitig auch in den Mitgliedstaaten geschieht.

Hans-Jürg Fehr, Jg. 1948, ist Historiker, seit 1999 SP-Nationalrat (SH) und u.a. Mitglied der Aussenpolitischen Kommission des Nationalrats. Von 2004 bis 2008 war er Präsident der SP Schweiz.